

Die Niederlande

Marij Leenders

Das liberal-konfessionelle Kabinett Balkenende, bestehend aus CDA, rechtsliberaler VVD und sozialliberaler D'66, blieb 2004 nur mit Mühe an der Macht, geschüttelt von vielen internen Krisen und einer kritischen Konstellation im Parlament. In der zweiten Jahreshälfte wurden die Niederlande auch noch durch den Mord am Filmemacher und Journalisten Theo van Gogh erschüttert. Mit dem immer noch präsenten Wissen um den Mord am Politiker Pim Fortuyn geriet die „erschütterte“ niederländische Gesellschaft in einen Schockzustand. Im Frühjahr 2005 konzentrierte sich die Politik auf den Streit um die Direktwahl eines Bürgermeisters, einem Erbe von Fortuyn, der auf politische Erneuerung und direkte Demokratie gedrungen hatte. Die Regierung konnte ihren Sturz nur mit Mühe abwenden. Im vergangenen Jahr hatten die Niederlande zum elften Mal den EU-Ratsvorsitz inne, eine schwierige Aufgabe durch die schwache innenpolitische Position des Kabinetts Balkenende. Nach diesem Vorsitz sollte das Referendum über die Europäische Verfassung die Gemüter bewegen.

Der Weg zum EU-Ratsvorsitz

Auf dem Weg zum EU-Ratsvorsitz versuchte Ministerpräsident Balkenende, innenpolitisch für Ruhe und klare Verhältnisse zu sorgen. Die Position des neuen Ratspräsidenten wurde durch drei Fragen, die ihren Schatten voraus warfen, erschwert. Bei zwei dieser Probleme hatte der Ministerpräsident auch im eigenen Land viel Gegenwind. Die erste dieser Fragen betraf die Blockbildung der drei großen Länder Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Bei allen großen Europathemen beraten sich diese drei, doch diesmal waren zum ersten Mal sogar die Fachminister mit einbezogen. Dies führte zu Irritationen bei den anderen EU-Mitgliedern. Vermutlich war Balkenende gleicher Meinung, konnte aber in der Öffentlichkeit keine deutliche Position beziehen. Die zweite Frage betraf das Aufheben des Waffenembargos gegen China. Das Parlament wollte mit diesem Embargo weiter Druck ausüben in der Diskussion über die Menschenrechte in China. Die Regierung wusste, dass sie in der EU damit weitgehend allein stand. In einer gemeinsamen Initiative der liberalen Koalitionsparteien und der oppositionellen linksradikalen SP sprach sich das Parlament dennoch für die Fortsetzung des Embargos aus, wobei die Regierung, falls nötig, von ihrem Vetorecht Gebrauch machen sollte. Die dritte Frage war die Diskussion über den Beitritt der Türkei. Im Parlament wurde immer noch diskutiert, ob die Verhandlungen beginnen sollten (VVD), obwohl dieses Stadium durch frühere Zusagen der EU bereits überholt war. Darüber hinaus wurde in fast allen Parteien über religiöse und kulturelle Werte und Normen diskutiert, während die Beitrittsländer nur nach wirtschaftlichen und politischen Kriterien geprüft werden.

Erschütterung: ein niederländisches Drama mit einer europäischen Dimension

Am 2. November 2004 wurde der Filmemacher und Journalist Theo van Gogh ermordet, nachdem er mit der liberalen Abgeordneten Hirsi Ali den Film „Submission Part I“ gemacht

Übersetzt aus dem Niederländischen von Gudrun Staedel-Schneider.

hatte. Der Film stellt eine Verbindung her zwischen Korantexten und Gewalt gegen Frauen. Später stellte sich heraus, dass auf seiner Leiche ein Brief mit Todesandrohungen gegen Hirsi Ali und andere vermutete Islamgegner zurückgelassen wurde. Der mutmaßliche Mörder Mohammed B. ist ein in den Niederlanden geborener Moslem marokkanischer Abstammung.

Es kam in Öffentlichkeit und Parlament zu heftigen Diskussionen über die Grenzen der Meinungsfreiheit. Im Kabinett gab es Uneinigkeit über das Verbot der Gotteslästerung. Brandstiftung in Koranschulen und Schändungen von Moscheen verstärkten die Krisenstimmung. Die Machtlosigkeit und das Gefühl von Zerrüttung klangen an in Balkenendes Brief an das Parlament, in dem er darauf drang, auch weiterhin den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern. Die rechtspopulistische Partei von Geert Wilders, die sich früher im Jahr von der VVD abgespalten hatte wegen des EU-Beitritts der Türkei, bestand auf Antiterrormaßnahmen, für die nötigenfalls auch Verfassungsbestimmungen außer Kraft gesetzt werden sollten. Wilders Popularität stieg und die VVD sah ihren rechten Flügel abwandern. In der Zwischenzeit wurde Hirsi Ali rund um die Uhr bewacht.

Aus Sorge um die Zerrüttung in der Gesellschaft fielen die Politiker in ihren Plädoyers für Integration und Einbürgerung über einander her. Das Kabinett sagte zu, (potentiell) radikale Personen der islamischen Gruppen mit neuen Mitteln und Gesetzen zu kontrollieren. Ermittlungsbefugnisse von Polizei und Geheimdiensten wurden erweitert, zusätzliche Kräfte eingesetzt und die Gesetzgebung angepasst.

Auf europäischer Ebene wurde Balkenende im Forum über Werte und Normen, das er selbst initiiert hatte, eindringlich darüber befragt, ob die Niederlande noch ein tolerantes Land seien, und mit Fragen über die „Vernichtung“ von Moscheen und Koranschulen konfrontiert. Der Leiter dieses Forum, der Menschenrechtsexperte Michael Ignatieff, dem nicht entgangen war, dass der Ex-Liberale Wilders ein Massenpublikum ansprach, wollte wissen, ob die Niederlande wider besseres Wissen das multikulturelle Zusammenleben idealisiert hätten. Balkenende gab zu, dass in seinem Land zu lange über Pflichten von Einwanderern geschwiegen worden war und dass die Radikalisierung unter Moslems unterschätzt wurde. Er wollte vor allem klarstellen, dass der Mord an Van Gogh als ein niederländisches Drama mit einer europäischen Dimension zu sehen wäre. Die Antworten müssten seiner Ansicht nach bei Begriffen wie Führung, Vision, sozialer Zusammenhalt und Vernunft gesucht werden.

Die letzte Phase des EU-Ratsvorsitzes: ein Erfolg?

Die letzte Phase der EU-Ratspräsidentschaft konzentrierte sich vor allem auf den umstrittensten Beschluss: Kann die EU Verhandlungen über eine volle Mitgliedschaft mit der Türkei eröffnen, wenn ja, wann und unter welchen Umständen? Alle Mitgliedsstaaten mussten diesbezüglich die Gefühle ihrer Bevölkerung in Betracht ziehen. In den Niederlanden ergaben Umfragen Ende 2004, dass 54 Prozent der Bevölkerung für die Eröffnung solcher Verhandlungen waren, verglichen mit Frankreich oder Deutschland eine große Zustimmung.

Balkenende hat in seiner Koalition aus Christdemokraten und Liberalen vor allem zwei Mitstreiter für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: Außenminister Bot und Wirtschaftsminister Zalm. Die Bandbreite an Gegenargumenten war jedoch groß; von der leidenschaftlichen Verteidigung der EU als christliche Wertegemeinschaft, die nicht durch eine Invasion von 70 Millionen überwiegend moslemischen Türken gefährdet werden sollte und dem Zustrom billiger Arbeitskräfte, die den niederländischen Arbeitnehmern die Arbeitsplätze wegnehmen würden (Partei von Pim Fortuyn und Gruppe Wilders) bis hin zu den juristischen Komplikationen und den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei (Christdemokraten und linke Opposition).

Die Argumentation von Wirtschafts- und Außenminister richtet sich vor allem auf die der Türkei früher gegebenen Versprechen, durch die die EU nun vor vollendeten Tatsachen stünde. Diese Begründung rief wiederum viel Widerstand bei den Gegnern hervor. Doch Streit an der Heimatfront schwächte die Position des Ministerpräsidenten als EU-Ratspräsident, der doch 25 Regierungen auf eine Linie bringen soll. Die Meinungsverschiedenheiten liefen quer durch alle Parteien, so dass Balkenende eine Konfrontation mit den Koalitionsparteien erspart blieb. Es wurde beschlossen, den Bericht der EU-Kommission über die Türkei abzuwarten und dessen Ergebnis zum Ausgangspunkt der Beratungen zu nehmen. Nachdem durchsickerte, dass die Kommission positiv eingestellt war, versuchte Balkenende soviel Gewährleistungen wie möglich im Kommissionsbericht unterzubringen. Die Gegner waren damit vorläufig beruhigt. Beschwerden wurden aufgefangen, Notbremsen und langfristige Übergangsregeln erörtert. Die Parlamentsdebatte konnte hieran nichts mehr ändern.¹ Mit dieser Unterstützung ging Balkenende an den EU-Verhandlungstisch.

Der Beschlusstext, den der niederländische Ratsvorsitzende erstellte, hatte deutlich erkennbar das Ziel, Türkeiskeptikern entgegen zu kommen. Im Entwurf stand die wichtige Klausel, dass die EU die Verhandlungen einstellen kann bei „ernsthaften und lang andauernden Verletzungen von Menschenrechten und politischer und religiöser Freiheiten“. Auch wurde kein Zieldatum für einen Beitritt genannt, wohl aber, dass die Türkei sicher nicht vor 2014 Mitglied werden könne. Ebenso wurde die Möglichkeit offen gelassen, die Migration von Türken in die EU kontrollieren zu können. Für die Regierung in Ankara war das Maß voll mit der Ankündigung spezieller Übergangsregelungen für Agrarsubventionen und die Unterstützung aus dem Strukturfond. Erdogan war auch wütend über die Lösung, die die Niederlande für ein anderes Hindernis erdachten: die Anerkennung des griechisch-zyprischen Staates durch die Türkei. Diese Lösung folgte daraus, dass die Türkei zusichern sollte, mit dem Assoziationsvertrag mit der EU das Protokoll bezüglich der zehn Beitrittsländer zu unterschreiben. Damit würde sie Zypern de facto anerkennen.² Es gelang Balkenende damit, gegen Ende seiner Ratspräsidentschaft, eine gemeinsame Haltung zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei zu erreichen.

Über die Wertung der niederländischen Ratspräsidentschaft gehen die Meinungen auseinander.³ Die Niederlande haben Fortschritte auf dem Gebiet von Justiz- und Innenpolitik, insbesondere auf dem Gebiet eines gemeinsamen Asylrechts bis 2010 erreicht, so Giovanni Grevi vom European Policy Center in Brüssel. Die Niederlande erhielten von Grevi auch Komplimente für die adäquate Vermittlung in der Wahlkrise in der Ukraine. Laut Alisdair Murray vom Centre for European Reform in London war Finanzminister Zalm weniger erfolgreich, da es ihm nicht gelang, Bewegung in die Debatte über den Finanzhaushalt 2007-2013 zu bringen. Die Niederlande waren in diesem Punkt als größter Nettozahler ohnehin schlecht aufgestellt. Ebenso wenig sind die Niederlande vorangekommen beim Stabilitätspakt oder den Absprachen um den Euro. Murray und Grevi sind insgesamt doch verhalten positiv über die Bilanz der Ratspräsidentschaft. Im eigenen Land erhielt die Regierung viel Zustimmung für ihr Vorgehen während der Ratspräsidentschaft. Selbst die Parteien, die gegen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind, priesen die diplomatische Leistung von Premierminister Balkenende und seinem Team.

1 De Volkskrant (21.12.2004).

2 De Volkskrant (16.12.2004).

3 M. van Keulen: „Ambitie zonder bezieling: terugblik op EU-voorzitterschap“, in: Internationale Spectator 59/3 (2005).

Das Europäische Referendum⁴

Keiner der 25 EU-Mitgliedstaaten hat sich für die Entscheidung über den Europäischen Verfassungsvertrag ein komplizierteres Verfahren zurecht gelegt als die Niederlande: kein Volksentscheid, sondern ein konsultatives Referendum, eine parlamentarische Abstimmung, aber eine, bei der die Parteien sich jeweils nach eigenem Gutdünken an das Referendumsergebnis gebunden haben. Nachdem die CDA sich festgelegt hatte, in ihrem parlamentarischen Stimmverhalten das Referendumsergebnis zu respektieren, aber nur bei einer Wahlbeteiligung von mindestens 30 Prozent und dabei mindestens 60 Prozent Zustimmung/Ablehnung, folgten PvdA, D66 und GroenLinks diesem Beispiel.

In der öffentlichen Debatte wurden zahlreiche Gegenargumente unterschiedlichster Art laut. Wie in anderen kleineren EU-Staaten gab es Befürchtungen, dass die Größeren und „Brüssel“ selbst mit diesem Vertrag in der Hand in zunehmendem Maße die Politik in den Niederlanden bestimmen würden. Die Beispiele reichten vom anekdotischen Brüsseler Übereifer bei der Harmonisierung und dem „Ausverkauf“ des niederländischen Sozialstaatsmodells bis hin zur liberalen Drogenpolitik als erstem Bauernopfer der EU-Integration oder der nationalen Souveränität in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. In diesem Zusammenhang wurde oft die Neuregelung genannt, in der die doppelte Mehrheit (55 Prozent der Staaten und 65 Prozent der Bevölkerung) das nationale Vetorecht ersetzen sollte. Auch hatte die Mär der unverständlichen Komplexität des Verfassungsvertrages sich offensichtlich durchgesetzt gegen die Großaktion, jedem Niederländer eine verständliche Broschüre mit den Kernpunkten des Vertrages auszuhändigen.

Deutlich populistischer waren die Gegenargumente, die auf die Erweiterung der EU abzielen, und Befürchtungen bezüglich der rumänischen und bulgarischen Mitgliedschaft sowie der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Laut Umfragen hatten die Niederländer aufgrund der gesellschaftlichen Spannungen und politischen Ereignisse der letzten Jahre gerade in diesem Punkt ernste Bedenken. Bemerkenswert ist, dass – obwohl auch die rechtspopulistische LPF sich mit dem Slogan „die Niederlande unabhängig“ redlich bemüht – die Debatte von der SP um Jan Marijnissen („die Auflösung der Niederlande“) dominiert wird. Obwohl viele der landläufigen Bedenken eher dem rechten politischen Flügel zuzurechnen wären, scheinen die Europagegner in einem Links-außenpolitiker ihren Fahnenträger gefunden zu haben. Ob dies das Ende der Konsenspolitik oder gerade ihre geheime Kraft ist, bleibt dahin gestellt.

Das Ergebnis des niederländischen Referendums – 38,4 Prozent für und 61,6 Prozent gegen den europäischen Verfassungsvertrag bei einer Wahlbeteiligung von 62,8 Prozent – hätte deutlicher nicht sein können: Das Volk hat gesprochen. In mehreren Hinsichten war das „nee“ der Niederländer keine Antwort auf die Frage (obwohl mehr als in Frankreich) und wirft stattdessen innen- und europapolitisch neue Fragen auf. Da Neuwahlen erst 2008 anstehen, ist die Frage nach dem Popularitätsgewinn des rechtsextremen Geert Wilders und der linksradikalen SP als großem Antreiber der Nein-Kampagne vorerst eher akademisch. Viel wesentlicher ist die Frage, wie sich dieser Schock auf die Grundlagen der niederländischen Politik auswirken wird. Es deutet sich eine Tendenz an, dies als pauschales Scheitern des Poldermodells und als Signal für eine Flucht von Repräsentation hin zu einer direkten Demokratie mittel Referenden zu verstehen.

⁴ Siehe dazu: M. Leenders / W. van Meurs: „Das Volk hat gesprochen...“ (07.06.2005), unter: www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation/niederlande.php